WP-01-K3-608-4

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	Bundesvorstand Grüne Jugend
Beschlussdatum:	06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 607 bis 608 einfügen:
auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben.

Unbegleitete Minderjährige haben einen erhöhten Schutzbedarf und müssen schnell ein Gefühl von Sicherheit bekommen. Dazu gehört der Schutz vor Abschiebungen. Es darf keine Jugendhilfe 2. Klasse für geflüchtete junge Menschen geben und wir setzen uns gegen weitere Standardabsenkungen in den Bundesländern ein. Aktuell fehlt es an Betreuungspersonal und an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten, insbesondere für geflüchtete Mädchen. Die Unterbringungskapazitäten müssen kinder- und jugendgerecht ausgebaut und der Schulbesuch ab dem ersten Tag und unabhängig des Aufenthaltsstatus sichergestellt werden. Die Erstaufnahme muss bundesweit innerhalb einer Woche abgewickelt sein. Auch bei Volljährigkeit im Clearing muss eine Betreuung sichergestellt werden und eine therapeutische Anbindung gewahrt werden. Therapeutische Angebote müssen ausgebaut werden und ausreichend für alle ankommenden zur Verfügung stehen. Wir unterstützen die ehrenamtliche Vormundschaft um Amtsvormünder zu entlasten und Jugendlichen eine engere Anbindung an Vormünder zu ermöglichen. Abschiebungen auch nach Verurteilungen unter dem Jugendstrafrecht lehnen wir ab.